

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Eine andere Politik ist nötig und möglich

Fünf Millionen Arbeitslose, zehntausende fehlende Ausbildungsplätze, Millionen Menschen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen, das ist die Bilanz der Politik von SPD und den Grünen.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind absurd! Die Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, steigende Dividenden und Steuergeschenke an die Vertreter des großen Kapitals gehen einher mit Massenentlassungen und einer zunehmenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Die steigende Produktivität würde eigentlich kürzere Arbeitszeiten und steigende Einkommen ermöglichen. Tatsächlich erleben wir das Gegenteil: Arbeitszeitverlängerungen, Lohn- und Rentenkürzungen.

Die Krankenversicherten werden mit Praxisgebühren, Zuzahlungen und Sonderbeiträgen für Zahnersatz und Krankengeld belastet. Hartz IV steht für Armut und Demütigung per Gesetz. Die Agenda 2010 steht für Wahlbetrug und Entsolidarisierung (versprochen war mehr soziale Gerechtigkeit).

SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP bieten nicht die Möglichkeit, zwischen verschiedenen politischen Richtungen zu wählen. Sie vertreten nur unterschiedliche Varianten einer Politik der sozialen Härte und der Umverteilung von unten nach oben.

Es gibt jetzt eine soziale und demokratische Alternative zur Politik der faktischen großen, neoliberalen Koalition der vergangenen sieben Jahre.

Wir unterstützen „Die Linkspartei“, weil wir davon überzeugt sind, eine andere,

menschlichere und soziale Gesellschaft ist möglich und bezahlbar. Dies muss politisch nur gewollt sein.

Wir wollen gesicherte Lebensverhältnisse für alle, auch für Arbeitslose und Rentner. Schließlich sind es die abhängig Beschäftigten, die mit ihrer produktiven Arbeit und ihren Dienstleistungen den Reichtum und gesellschaftliche Daseinsvorsorge in unserem Land schaffen.

Für unsere Kinder muss mehr in Bildung investiert werden, für die Jugendlichen in unserem Land darf das Arbeitsleben nicht ohne Ausbildung, ohne Übernahme, mit Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg beginnen.

Von 1977 bis heute stieg der Steueranteil der abhängig Beschäftigten am Gesamtsteueraufkommen von 30% auf 34%, während gleichzeitig die Summe aller Gewinn- und Vermögenssteuern von 30% auf 14% gesunken ist. Versprochen wurde von allen Regierungen, dass die Entlastung der Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig sei. Tatsächlich hat sich die Zahl der Arbeitslosen verdoppelt.

Der Export boomt - wir sind zum wiederhol-

ten Male Exportweltmeister - trotzdem kommt die Binnenwirtschaft nicht in Schwung.

Grund dafür ist die schwache Inlandsnachfrage, bedingt durch die Investitionsschwäche der Kommunen und Länder und rückläufige Nettoeinkommen großer Teile der Bevölkerung.

Deutschland hat die schlechteste Einkommensentwicklung in Europa. Nach einer EU-Veröffentlichung stiegen die Realeinkommen von 1995 bis 2004 in: Schweden +25,4%, England +25,2%, USA +19,6%, in der EU im Schnitt um +7,4%. Deutschland hat als Schlusslicht -0,9%. Etwa im selben Verhältnis entwi-

Fortsetzung nächste Seite



Gerd Schulmeyer, Kreistagsabgeordneter der PDS/Offene Liste und Wahlkreiskandidat der Linkspartei, im Gespräch mit Helmut Werner, dem Sprecher des Groß-Gerauer Kreisverbands der WASG.

ckelten sich auch die Binnenmärkte. Vom Binnenmarkt hängen aber 80% unserer Arbeitsplätze ab.

Die Linkspartei fordert ein umfangreiches Investitionsprogramm, vor allem im kommunalen- und Bildungsbereich. Damit können Arbeitsplätze in Dienstleistungen, im Handwerk und in Mittelstandsbetrieben geschaffen werden.

Zu finanzieren ist dieses Programm dadurch, dass die großen Kapitalgesellschaften wieder wie früher 30% Körperschaftssteuer bezahlen, eine Vermögenssteuer eingeführt und die Erbschaftsteuer für große Vermögen erhöht und die unsinnige Steuerentlastung der Spitzenverdiener bei der Einkommenssteuer rückgängig gemacht wird.

Von CDU/CSU, der FDP, der SPD und den Grünen droht weiterer Sozialabbau und ein Fortsetzen der Umverteilungspolitik von unten nach oben.

Die Linkspartei setzt sich gemeinsam mit anderen politischen Kräften und sozialen Bewegungen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ein. Sie will mehr Demokratie, die Ausweitung der Mitbestimmung und den Erhalt der Tarifautonomie. Sie steht für Frieden und friedliche Konfliktbeteiligung, für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung.

Außerparlamentarischer Druck bleibt wichtig

Viele enttäuschte ehemalige SPD/Grüne-Wähler wollen diesmal zu recht die Linkspartei wählen.

Es wird wichtiger, dass es links neben der SPD und den Grünen eine Kraft im Bundestag gibt. Das können die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gut einschätzen. Hier gibt es diese Präsenz schon lange und unserer Stadt tut es gut. Außerdem ist es durchaus ein Schritt zur Normalität. In eigentlich allen Länderparlamenten in Europa sind ordentliche Linksparteien vertreten. Ich bin also unbedingt dafür, am 18. September die Linkspartei in den Bundestag zu wählen, damit man „drinnen“ spürt, was „draußen“ vorgeht und „draußen“ merkt, was im Parlament abgeht.

Trotzdem muß man die Sache illusionslos sehen. Auch eine Linkspartei braucht Druck und Kontrolle von außen. Das heißt für uns dann nicht „in den Rücken fallen“, sondern „den Rücken stärken“!

Rudi Hechler

Hartz ist weg – jetzt Linkspartei wählen!



Peter Hartz - Arbeitsdirektor bei Volkswagen - der mit seinen „vorrückweisenden“ Vorschlägen die Zahl der Arbeitslosen bis zum August 2005 auf unter 2 Millionen drücken wollte, ist kürzlich in den vorzeitigen Ruhestand getreten.

Ins Gerede gekommen war er wegen mehr als unappetitlichen Vorgängen bei VW, über die dort auch der Betriebsratsvorsitzende gestolpert ist. Alles sicher verdiente SPD-Mitglieder. Genau wie die Landtagsabgeordneten in Niedersachsen, die neben ihren Diäten weiter ihr VW-Gehalt bezogen haben. Das sind die Leute, die den Arbeitslosen und den Gewerkschaften per Gesetz Bescheidenheit verordnen und sie politisch ins Abseits stellen. Die Wahlkreiskandidaten von SPD und Grünen sprechen bei Hartz I-IV immer noch von einer „Jahrhundertreform“. Sie wollen wiedergewählt werden und ihre Politik des Sozialabbaus fortsetzen. Die Arbeitslosenzahlen im Kreis Groß-Gerau steigen weiter. Auch die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz wächst.

Bundeskanzler Schröder hat bei seinem ersten Amtsantritt mal gesagt, er wolle sich daran messen lassen, ob unter seiner Regierung die Zahl der Arbeitslosen deutlich sinkt. Er hätte allen Grund zurückzutreten. Stattdessen versucht er sich mit seinen Grünen Hilfstruppen bei vorgezogenen Neuwahlen in eine dritte Amtszeit zu retten.

Und die SPD spricht die Wähler erneut mit der alten Masche an, wenn ihr uns nicht wieder wählt, dann kommt die CDU mit der FDP dran, und dann wird alles noch viel schlimmer. Wer von der Politik der SPD/Grünen Bundesregierung enttäuscht ist, der sollte im eigenen Interesse nicht wieder auf diese Tour hereinfallen. Jeder weiß, dass CDU und FDP genau wie SPD und Grüne weitere Zugeständnisse an die Unternehmer und Sozialabbau auf breiter Front im Programm haben. Und einig sind sie sich im blinden Hass auf Oskar Lafontaine und die Linkspartei, weil sie spüren, dass hier eine Kraft wächst, die für politische Alternativen steht und unter anderem fordert: „Weg mit Hartz IV!“. Jede Stimme für die Linkspartei ist ein Signal für eine andere Politik, für Opposition im Parlament, die den Menschen Mut und Kraft für die außerparlamentarischen Auseinandersetzungen gibt, die in Betrieben und Verwaltungen, in Städten und Gemeinden geführt werden müssen, wenn man etwas verändern will. Auch nach dem 18. September wird es viel zu tun geben. Wenn jeder, der es „denen da oben“ schon immer mal zeigen wollte, diesmal die Linkspartei wählt, wird das diesen Kreis und dieses Land nachhaltig verändern. Die Chance ist da: Erst- und Zweitstimme für die Linkspartei!

Gerhard Schulmeyer

Direktkandidat der Linkspartei im Wahlkreis 185 (Groß-Gerau)

Sie haben Interesse am Wahlprogramm der Linkspartei?

Rufen Sie mich an. Telefon 061 05/233 66

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Verdummung

Die Bürgerinitiativen haben zum Thema Arbeitsplätze eine informative Broschüre herausgegeben „Job-Lüge Flughafenausbau“ (www.flughafen-bi.de), die darüber aufklärt, dass nicht etwa wegen eines steigendes Luftverkehrs mehr Personal eingestellt wird. Vielmehr muss Fraport auf die strengeren Sicherheitsrichtlinien reagieren. Diese wurden von der Europäischen Union erlassen. So hat die Sicherheitstochter von Fraport für zusätzliche Kontrollen bereits 500 neue Mitarbeiter eingestellt. Wenn also Fraport sagt, dass es sich bei dem Flughafen um einen „Jobmotor“ handelt, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Der steigende Luftverkehr wird nicht die versprochenen Arbeitsplätze schaffen. Mit dem Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen kann der Ausbau des Flughafens und die Lärm- und Umweltauswirkungen nicht gerechtfertigt werden.

Verkauf

Die Stadt Rüsselheim kritisiert das Verhalten des Landes Hessen gegenüber der Fraport AG. Indem Hessen die Nutzung des Naturschutzgebiets Mönchbruch für 18 Millionen Euro an die Fraport AG verkauft, ebnet es den Weg für einen Flughafenausbau. Durch den Ankauf des Holzbestandes im Mönchbruch könne die Fraport AG dort schalten und walten, um Ausgleichsmaßnahmen für eine Erweiterung des Flughafengeländes durchzuführen. „Die Fakten müssen klar benannt werden: Zunächst zerstört die Fraport Naturraum für eine Flughafenerweiterung, um dann im Mönchbruch Teile ökologisch aufzuwerten und in anderen Gebieten aufzuforsten. Für die Menschen, die südlich des Flughafens leben, kommt bei dieser Rechnung immer ein Minus heraus“. Der Fraport sei mit dem Verkauf die Suche nach Ausgleichsflächen abgenommen.

Nachtflugverbot

Die vorgesehene Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen am Frankfurter Flughafen wird verschoben. Das können nur solche Politiker entscheiden, die weit ab von den Flugschneisen wohnen.

Seit Mitte der 80er Jahre ist die Zahl der nächtlichen Flugbewegungen von ca. 49 Bewegungen pro Nacht, über 78 Bewegungen pro Nacht Mitte der 90er Jahre auf über 150 Bewegungen in der Zeit von 22 bis 6 Uhr im Jahr 2005 gestiegen. Es gab einzelne Nächte mit 214 Flugbewegungen.

Nachtflugbeschränkungen reichen nicht aus, notwendig ist ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

Der nächtliche „Lärmterror“ nimmt ständig weiter zu, die Gesundheit der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet bleibt auf der Strecke.

Wirtschaftlichkeit kommt noch immer vor Gesundheit und Lärmschutz für die Bevölkerung.

Längst haben renommierte Mediziner nachgewiesen, dass nächtlicher Fluglärm zu Bluthochdruck und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führt. Kinder sind im Schulunterricht unkonzentriert und haben Lernschwächen, alte und kranke Menschen sind durch die hohen nächtlichen Fluglärmwerte besonders betroffen.

Selbst zahlreiche am Flughafen beschäftigte Menschen, die hier in der Rhein-Main-Region wohnen, klagen über die ständige Zunahme des Nachtfluglärms.

Rodung

Jetzt wo diese Zeilen geschrieben werden ist noch nicht sicher, wann am Flughafen Bannwald gerodet wird für die A380-Riesenhalle.

Die Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau sagen:

Zeigt euren Protest und bezieht Stellung gegen den Ausbau!

Weil ohne Protest der nächste Ausbau noch schneller vor der Tür steht.

Weil sonst der Flugverkehr zum Klimakiller Nr. 1 wird, wenn sein Wachstum ungebremst so weiter geht.

Weil sonst der Lärm durch die Flughafenerweiterung unerträglich wird.

Weil sonst der Kfz-Verkehr durch die Flughafenerweiterung ebenfalls steigt und die Belastung durch Abgase (z.B. Feinstaub) zunimmt.

Weil sonst der Ausbau des Flughafens das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen wird, aber unsere Gesundheit und Umwelt ruiniert wird.



Marx und Engels, zwei berühmte Wissenschaftler.

Was wissen Sie von ihrem Wirken? Was ist von ihrem Werk noch zu gebrauchen? Sind Sie interessiert es zu erfahren? Wollen Sie es gemeinsam mit uns herausfinden?

Wer Lust hat, einmal einen Original-Text zu lesen, kann auch im Internet auf „www.dkp-mw.de“ klicken. Hier steht zumindest mal das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels. Wer mit uns diskutieren oder mitmachen möchte, der sollte anrufen: 23366 oder 22362.

Wir freuen uns über jeden Mitstreiter.

**Sahra Wagenknecht
am 29. September im
Kulturbahnhof**

**„Entwicklung und Krise des
Kapitalismus in Europa“**

**Diskussions- und
Informationsveranstaltung**

Beginn: 19 Uhr

„blickpunkt“-Befürchtungen bestätigt: Raubbau am Wald von Mörfelden-Walldorf

Wir ahnten schon im Februar, dass in unserem Wald etwas faul ist. Soviel kahlgeschlagene Flächen gab es schon seit vielen Jahren nicht mehr - und das auch noch in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet. Wir fragten, ob all die Erklärungen für die großen Abholzungen wie Borkenkäferbefall, Windbruch, Pflegemaßnahmen, „medizinischen Waldarbeiten“ und „Anordnungen der Oberen Naturschutzbehörde“ nicht dazu dienen, zweifelhafte Extra-Geschäfte für den Landesbetrieb „Hessen-Forst“ zu verdecken (siehe *blickpunkt* Nr. 413, Mai 2005, Titelseite und Nr. 414, Juni 2005, S. 2).

Wir ließen trotz herablassender Dementis von Forstamtsleiter Dr. Hammes nicht locker. Dieser hatte noch in der Rundschau vom 15. April behauptet: „Es gibt also zwei verschiedene Gründe, warum wir gerade viele Bäume entnehmen. Den Naturschutz und die Waldgesundheit“. Ja, Pfeifendeckel: jetzt ist die Katze aus dem Sack. Die amtlichen Behauptungen sind nicht wahr. Rundschau-Redakteur Stephan Börnecke, Träger des Umwelt-Medienpreises der Deutschen Umwelthilfe (DHU) 2002, hat in mehreren Artikeln und Kommentaren ungesetzliche Praktiken von Hessen-Forst aufgedeckt (siehe u.a. *Rundschau* vom 25. Juli, *RheinMain & Hessen*).

Da wird unter anderem damit getrickst, dass „Käferholz“, also nach Borkenkäferbefall abgestorbene und anschlie-

Bend gefällte Bäume, nicht mehr in den normalen „Hiebsatz“ eingerechnet werden. Das heißt, dass das Holz dieser Bäume gewinnbringend vermarktet wird, und die festgelegte Einschlagsmenge gerade noch mal zusätzlich gefällt wird, obwohl sie durch das „Käferholz“ schon zum großen Teil erfüllt ist. Damit wird der Nachhaltigkeitsgrundsatz gebrochen, nach dem nicht mehr Holz gefällt werden darf, als nachwachsen kann. Das Ergebnis ist Raubbau am Wald, nur um ein paar schnelle Euro zu verdienen.

Dazu kommt das große Schmu-Geschäft mit der Fraport, die sich durch die Zahlung von 18 Millionen Euro an Hessen-Forst um ihre Aufforstungsverpflichtungen drücken will. Als Gegenleistung „entfernt“ Hessen-Forst aus dem Naturschutzgebiet (!) Mönchbruch „alle Nadelbäume“ (so Forstamtsleiter Dr. Hammes in der Rundschau vom 12. Februar). Dadurch wird das „Biotop aufgewertet“ und der Fraport als Naturschutz-Ausgleichsmaßnahme für den Bau der A380-Weft und die künftige Landebahn angerechnet.

Aber nicht nur den als „Fremdgehölz“ bezeichneten Fichten geht es an den Kragen: Einige Förster, so Stephan Börnecke, zeigen sich erleichtert, dass Buchenholz derzeit nur schwer absetzbar sei, nachdem das China-Geschäft der vergangenen Jahre eingebrochen sei. „Sonst würde das bei der Buche ganz genauso passieren“.



Unterwegs mit Reinhard Ebert. Mitglieder der DKP informierten sich im Mönchbruch-Wald über vorhandene Probleme und Lösungsvorschläge. Mit dem Fachmann vom Rüsselsheimer Umweltamt hatten sie einen außerordentlich kompetenten Gesprächspartner.

Besonders unangenehm hat uns die Entwürdigung der Forstleute durch „Hessen-Forst“ berührt. Nicht einer war bereit, Stephan Börnecke zu erlauben, seinen Namen zu nennen. Aus Angst um ihren Arbeitsplatz und vor Repressalien ihres Arbeitgebers baten alle Informanten darum, anonym zu bleiben. Früher hieß es im Volkslied noch: „Förster bin ich hier, zahm' und wilde Thier' haben selbst Respekt vor mir; Hunde, Diener, Jäger, Magd und Bauersmann seh'n mich als was Großes an“ (aus dem Volksliedarchiv Freiburg Nr. E 1435). Heute müssen ehemals respektable Amtspersonen angstvoll hinter vorgehaltener Hand die Presse um Hilfe rufen, wenn sie verhindern wollen, dass unser Erholungsgebiet und ihr Arbeitsplatz aus Geldgier systematisch zerstört werden. Wir haben's weit gebracht! Der *blickpunkt* bleibt an dem Thema jedenfalls dran.

Alfred J. Arndt



Skulpturenpark eine Bereicherung der Kulturarbeit

Die Ausstellung „Skulpturen im Park“ findet überregionale Aufmerksamkeit. Die Eröffnung der Ausstellung in diesem Jahr war außerordentlich gut besucht. Es gab viele interessante Gespräche, es gibt viel zu sehen.

Ein Spaziergang in den Park am Bürgerhaus Mörfelden lohnt sich.

*Liebe Leserinnen, liebe Leser
Sie sind politisch interessiert?
Sie interessieren sich auch für
Kommunalpolitik?
Wollen Sie bei uns mitmachen?
Sie brauchen dabei noch nicht
einmal Mitglied werden!
Reden wir miteinander.*

DKP - Telefon 23366

Wählerinitiativen im Kreis Groß-Gerau:

Veränderung wählen - Protest wählen - Links wählen

In Mörfelden-Walldorf und in Rüsselsheim haben sich Wählerinitiativen gegründet, die aufrufen, die Linkspartei zu wählen. Im Aufruf aus unserer Stadt heißt es:

„Am 18. September wird gewählt und diesmal kann man auch in unserem Kreis Groß-Gerau wieder eine erfolgversprechende Alternative wählen. Viele die links eingestellt sind und oft als „das kleinere Übel“ SPD oder Grüne wählten, können jetzt der Linkspartei ihre Stimme geben.

Die Gründung dieser Partei, zeitigt jetzt schon Ergebnisse: Grüne und SPD treten auf einmal „links“ auf. Sie tun so, als hätten die sieben Jahre ihrer Regierungszeit gar nicht stattgefunden. In dieser Zeit

wurden Kapitalgesellschaften massiv steuerlich entlastet, der Spitzensteuersatz erheblich gesenkt und auf eine Neuregelung der Vermögens- und Erbschaftssteuer verzichtet.

Wer so auf die Vergesslichkeit der Wählerinnen und Wähler hofft, will sie für dumm verkaufen.

Wir vergessen nicht: In einer atemberaubenden Weise hat die Berliner Regierung Reiche und große Unternehmen steuerlich begünstigt. Diesen geht es unter Rot-Grün so gut wie nie zuvor. Getroffen wurde damit vor allem die Benachteiligten in unserem Land. Der Kanzler, voll und ganz vom grünen Koalitionär unterstützt, zeigte sich als der „moderne“, neoliberale Genosse der Bosse.

Angesichts der Tatsache, dass die Agenda-2010-Politik und insbesondere Hartz IV die „kleinen Leute“ hart trifft, sich Armut ausbreitet, gleichzeitig aber die Profite der Großkonzerne und Banken steigen, sagen viele Menschen: So kann es nicht weitergehen! Die Voraussetzungen wachsen also, um noch umfassendere Bewegungen vor allem gegen den Sozialabbau zu entwickeln.

Wer sieben Jahre zum Bruch auch des kleinsten Wahlversprechens Ja und Amen sagte, wer Krieg „von deutschem Boden aus“ die parlamentarische Rückendeckung gab und das größte Verarmungsprogramm in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus verabschiedete, erhält irgendwann die Quidung.

Wir sehen im Auftreten der Linkspartei eine große Chance für einen Politikwechsel in unserem Land.

Wer dem Großkapital nichts nimmt, kann den einfachen Leuten nichts geben. Wir wählen links! Wir wählen Protest!“

Überparteilich?

Manche glauben immer noch, in den Medien ginge es überparteilich zu. Wer den Betrieb ein wenig kennt, kann da nur grinsen.

Beispiele: Schröder bei Christiansen - kein Nebensatz des Kanzlers bei dem nicht seine Claqueure Beifall anzettelten.

Die Dame Christiansen selbst zeigte sich unfähig Schröders Redefluss zu bremsen.

In der Sendung „Kulturzeit“ (3sat) und in Panorama (ARD) liefen zu besten Sendezeiten die reinsten Hetzfilme über Lafontaine. Auf welcher Gehaltsliste diese Filmemacher stehen, kommt vielleicht später mal heraus.

Im SPD-Blatt „Vorwärts“ ist wenigstens das klar. Hier schrieb Münterfering haßerfüllt über seinen ehemaligen Parteivorsitzenden Lafontaine: „So abgebrüht will ich garnicht sein, dass ich die Widerlichkeit seines Verhaltens verdrängen könnte!“

Also die haben vielleicht Schiss vor dem Lafontaine - direkt ein Grund den Mann in den Bundestag zu wählen. rh

In der Erklärung der „UnterstützerInnen-Initiative Linkspartei“ Rüsselsheim heißt es u.a.:

„Mit dem unter Helmut Kohl eingeleiteten Sozialabbau hat in den vergangenen sieben Jahren unter Rot-Grün eine schrittweise Zerstörung des Sozialstaats begonnen. Unter dem erschwindelten Etikett einer Reform der Sozialsysteme hat eine große Koalition aus SPD-CDU/CSU-Grünen-FDP faktisch einen Systemwechsel vorgenommen.

Die Agenda 2010 und Hartz IV sind Chiffren für den konzertierten Angriff von ganz oben auf den Sozialstaat. Sie nennen es Umbau - doch die Wortwahl kaschiert nur den qualitativen Sprung in ein anderes Gemeinwesen. Die Berliner Republik steht für den Abschied von der Solidargemeinschaft.

Der neue Armuts- und Reichtumsbericht bestätigt, dass sechs Jahre „Rot-Grün“ die soziale Spaltung in Deutschland wesentlich verschärft haben. Acht Millionen Menschen leben in Deutschland in Armut und sozialer Ausgrenzung, fünf Prozent der Haushalte verfügen mittlerweile über 35 Prozent des deutschen Gesamtvermögens.

Zudem ist die Politik des „neoliberalen Mainstreams“ eine Politik,

- die die neoliberale Wirtschaftsordnung mit der Europäischen Verfassung unumkehrbar zu machen versucht,
- die Europa militarisiert und weitere globale Kampfeinsätze deutscher Soldaten vorbereitet,
- die die demokratischen Rechte zunehmend der Staatsräson unterordnet,
- die die Selbstbestimmung von Menschen - Frauen wie Männern - und auch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit unter einen Profitvorbehalt stellt.

Gerade weil sich die Politik der radikalen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen propagandistisch als „alternativlos“ verkauft, hat die Linke insgesamt eine besondere Verantwortung dafür, dem neoliberalen Mainstream Alternativen entgegenzustellen, die fähig sind, die Verteidigung des Sozialstaats mit der Einforderung von Alternativen für eine künftige humane und demokratische Gesellschaft zu verbinden.

In einer Situation, in der Millionen von Menschen keine parlamentarische Stimme mehr haben, gehört dazu eben auch eine wirkungsvolle anti-neoliberale Opposition im Bundestag.



Cuba steht heute auf eigenen Füßen

Als ich im Jahre 1991 das erste Mal Cuba besuchte, da bestimmten Hoffnungslosigkeit und große wirtschaftliche Schwierigkeiten das cubanische Leben. Nach dem Verschwinden der sozialistischen Länder in Europa brachen damals 80% des cubanischen Außenhandels weg. In Miami/Florida saßen damals reaktionäre Exilkubaner auf gepackten Koffern und ließen schon die Sektkorken knallen. Die ganze Welt wartete auf den Zusammenbruch des Sozialismus in Cuba. Die Hoffnungen der Feinde des Sozialismus haben sich nicht erfüllt. Die cubanische Bevölkerung hat viel und hart gearbeitet. Cuba geht seinen sozialistischen Weg und entwickelt sich weiter. Jetzt wurden im Rahmen eines Energiesparprogramms den 3,4 Millionen Haushalten neue Haushaltsgeräte zur Verfügung gestellt. Zum Beispiel ein Reiskocher aus China für 127,50 Peso-Cubano (umgerechnet sind das etwas mehr als 5 Dollar). Oder es gibt jetzt auch Schnellkochtöpfe, Ventilatoren, Elektrokochplatten, Energiesparlampen sowie Thermostate, Gummiabdichtungen und Kompressoren für die Kühlschränke. Das mag mancher in den reichen Ländern als gering einschätzen. Jedoch, mit viel Stolz tragen die Hausfrauen ihren neuen Reiskocher, in der blauen Verpackung durch die Straßen. Mit einer neuen Generation von Haushaltsgeräten werden sich die Lebensbedingungen der cubanischen Familien verbessern. Teure Energie wird eingespart und die alten Stromfresser werden ausgemustert. Fidel Castro sagte: „Wir marschieren heute gut. Es geht uns besser“. Die Löhne und Renten wurden noch erhöht. Der Tourismus, Biotechnologische Produkte (wie z.B. Abwehrstoffe gegen Krebs) und der Verkauf von jährlich 85.000 Tonnen Nickel bringen heute Geld in die Staatskasse, damit Sozialleistungen möglich sind. Es gibt noch viele Schlaglöcher in den Straßen. Aber immer noch gilt: „Wir ziehen es vor, dass alle sparsam leben, als dass einige wenige Wohlstand und Luxus genießen“.

Rainer Haag, z.Zt. Matanzas/Cuba.



Hilfe für Tsunami-Opfer in der Provinz Aceh

Im Kulturbahnhof Mörfelden berichteten Achim Sibeth und Gabriele Schuster vom „Unterstützerkreis Aceh/Bantuan Aceh e.V.“ von ihrem Aufenthalt in Süd- und Westaceh. Sie besuchten im Mai die Orte Bakongan, Tapaktuan und Meulaboh an der Westküste Sumatras. Ziel ihres fünftägigen Aufenthaltes war, ein sinnvolles Hilfsprojekt in dieser Region und vertrauenswürdige Partner für die Arbeit vor Ort zu finden. Die Schadensbilanz in dieser von der Weltöffentlichkeit eher vernachlässigten Region Acehs ist regional sehr unterschiedlich. Im Süden der Provinz Aceh wurde die kleine Ortschaft Bakongan zwar von keiner gewaltigen Flutwelle getroffen, doch die küstennahen Häuser wurden überflutet. Viele Grundstücke sind auch heute noch überschwemmt und die Bodengrundamente der Häuser sinken ab. Als Folge davon wurden hier über eintausend Häuser unbewohnbar. Ein vorgelagertes Riff schützte die benachbarte Hafenstadt Tapaktuan vor den Folgen des Tsunami, hier waren keine Schäden festzustellen. Anders jedoch die ca. 450 km weiter nördlich gelegene Distrikthauptstadt Meulaboh. Hier haben von ehemals 40.000 Einwohnern nur ca. 22.000 den Tsunami überlebt. Nur sehr wenige stabil gebaute Häuser in der Küsten- und Hafenregion haben die Katastrophe halbwegs unbeschadet überstanden. Weite Teile sind jedoch komplett zerstört. Bis heute geht der Wiederaufbau nur schleppend voran, so dass



die meisten betroffenen Familien noch heute in Notunterkünften und Zelten leben müssen. Bilder aus Meulaboh kann man auf der homepage des Vereins (www.ukaba.de) betrachten. Dort ist auch ein detaillierter schriftlicher Bericht nachzulesen.

Erste Hilfeleistungen im Sinne der Vereinssetzung wurden für den Abriss und Wiederaufbau eines Kindergartens der moderaten muslimischen Religionsgemeinschaft Muhammadiyah getätigt. In der Singapurischen Hilfsorganisation Mercy Relief wurde ein kompetenter und verlässlicher Partner vor Ort gefunden. Diese NGO ist seit Januar 2005 vor Ort und koordiniert und finanziert derzeit den Wiederaufbau zweier Waisenhäuser direkt neben dem Kindergarten.

Der diesjährige Weihnachtsbasar der Eine-Weltgruppe im evangelischen Gemeindezentrum Mörfelden (10. bis 13. Nov. 05) wird der Krisenregion Aceh gewidmet sein. In Fotos und Kurztexten wird der Unterstützerkreis Aceh e.V. über die aktuelle Lage in Meulaboh und die Hilfsmaßnahmen berichten.

Kontaktanschrift für Spenden und/oder Mitgliedschaft:

A. Sibeth, Rüsselsheimer Str. 17a, oder G. Schultze, Wolfsgartenstr. 2, Spendenkonto des gemeinnützigen Vereins: Kontonummer 660 60 08 bei der Groß-Gerauer Volksbank e.G. (BLZ: 508 925 00). Für Spenden und Mitgliedsbeiträge erhalten Sie eine Spendenquittung.

Wochenzeitung der DKP

UZ

Probeexemplare bei der
„blickpunkt“-Redaktion





Lesenswert

Die israelische Stiftung Yad Vashem ehrte Wilhelm Hammann, den ehemaligen Groß-Gerauer Landrat und KPD-Abgeordneten des Landtages des Volksstaates Hessen, mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“. Eine Ehrung, für das offizielle Israel selbstverständlich, ist im Kreis Groß-Gerau auch heute noch ein Problem.

Der „blickpunkt“ hat deshalb eine Broschüre herausgebracht, damit Wilhelm Hammann nicht in Vergessenheit gerät.

Für 3 Euro + Versandkosten erhältlich beim „blickpunkt“, Mörfelden, Hochstr. 22, Tel. 22362.

Kulturzwangsverband

Das Ballungsraumgesetz des Landes, mit der absoluten Mehrheit der CDU beschlossen, stößt auf herbe Kritik bei den Kommunen. Jüngstes Beispiel der „Kulturzwangsverband“. Weil das Land sich aus der Finanzierung verschiedener Aufgaben immer mehr zurückzieht, sollen die Gemeinden das ausbaden. Ausgehend von der Idee, dass Bürger aus dem Umland die Sport- und Kulturinstitutionen der Stadt Frankfurt besuchen, sollen sie auch an den Kosten der Unterhaltung dieser „Leuchttürme der Kultur“ beteiligt werden. An den Steuereinnahmen der Stadt Frankfurt aufgrund der Arbeitenden aus dem Umland sollen die Umlandgemeinden, die man fälschlicherweise auch als „Speckgürtel“ bezeichnet, nicht teilhaben.

Sollte der Zwangsverband tatsächlich Realität werden, sähe es im Umland düster aus. 700.000 bis 800.000 Euro pro Jahr kämen auf uns zu.

Dann wäre das kommunale Kulturprogramm erledigt. Die Haushaltskonsolidierung wäre passé. Soziale Bereiche und die Vereinsförderung wären dann betroffen.

R. D.



Vor 50 Jahren starb Wilhelm Hammann, Lehrer, Kommunist, Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, Landrat und langjähriger Kreistagsabgeordneter an den Folgen eines Verkehrsunfalls. Aus diesem Anlass legte Gerd Schulmeyer

für die DKP im Kreis Groß-Gerau ein Gebinde am Grab von Wilhelm Hammann auf dem Groß-Gerauer Friedhof nieder. „Unvergessen“ steht auf der roten Schleife, mit der die DKP des Mannes gedenkt, der 1984 von der israelischen Stiftung Yad Vashem posthum für die Rettung jüdischer Kinder im Konzentrationslager Buchenwald als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt wurde.

Die DKP bedauert sehr, dass auch fünfzig Jahre nach dem Tod Wilhelm Hammanns weder die Kreisverwaltung noch die Parteien, die sich selbst gerne als die demokratischen bezeichnen, die Größe haben, einer anders denkenden Persönlichkeit öffentlich den Respekt zu erweisen, der in anderen Ländern selbstverständlich wäre.

Marketing

Im letzten „blickpunkt“ äußerten wir uns zum Thema Stadtmarketing.

Wie bekannt, ist auch die dritte Stellenbesetzung in knapp drei Jahren wieder „abhanden gekommen“. Wir stellten nun erneut den Antrag die Stelle nicht wieder zu besetzen.

Das Geld ist im sozialen Bereich sicher effektiver einzusetzen. Der Bürgermeister wirft uns in einem Brief Populismus vor und wir hätten das „Einmaleins“ der Wirtschaftsförderung nicht verstanden. Beispiele des Erfolgs der Förderung (das ist nicht nur das Gehalt der Beschäftigten) bleibt Brehl aber schuldig.

Allein der Hinweis auf Schaffung von Arbeitsplätzen am Ort ist hohl. Meist sind diese Arbeitsplätze anderswo weggefallen. (Das Beispiel einer Druckerei ist bezeichnend: Für ca. 600 Arbeitsplätze in Mörfelden sind in Frankfurt ca. 1200 entfallen.)

Und zum Argument der Haushaltssanierung per Gewerbesteuer können wir nur hinweisen auf den Schuldenstand der Stadt.

Je größer die Gewerbegebiete, desto höher die Schulden.

Die Marketingstelle will man jetzt wiederum für sechs Jahre besetzen. Diesen Zeitraum fasste man auch vor drei Jahren ins Auge. Dann solle die Aufgabe von selbst, per Gewerbegemeinschaft oder von der Abt. „Stadtplanung und Liegenschaften“ gemanagt werden. Die Hälfte der Zeit ist also schon vorüber und die Ergebnisse? Fehlanzeige!

R. D.

Der Fachmann

Zur Forderung der DKP/OL: „Nichtbesetzung der Stelle Stadtmarketing“ meinte Brehl: „diese Forderung lasse auf wenig wirtschaftliches Verständnis der Antragsteller schließen“. Nebenher meinte er noch: „wenn eine solche Kraft nur eine Firma davon abhält aus der Stadt wegzuziehen, hat sie ihr Gehalt verdient!“ Mir scheint, Brehl selbst ist ein Wirtschaftsfachmann vom Schlage Clement. Lustig allein schon die Vorstellung, im Vorzimmer der Niederlassung eines Weltkonzerns wie „Nike“ steht der oder die Stadtmarketingbeauftragte und bittet doch hierzubleiben. Zum Piepen! rh

Man glaubt es nicht

Per Antrag wollten wir das Parlament und damit die Stadtverwaltung auffordern sich für eine Radwegeverbindung entlang der Landesstraße nach Gräfenhausen einzusetzen.

Es hätte nur eines dringlichen Schreibens an die Straßenbauverwaltung und des hessischen Verkehrsministeriums bedurft.

Doch die Koalition aus SPD und FDP lehnte dies im Ausschuss ab.

Damit vergibt man die Gelegenheit im Zuge der Sanierung der Straßendecke im nächsten Jahr den Ausbau zu realisieren. Vielleicht reift ja die Erkenntnis zur Förderung der Radfahrer bis zur nächsten Sanierung in etwa 15 bis 20 Jahren.

R. D.

Stadtgeschichten



„Das Gute vom Besten“ war das Motto des Bäckermeisters Heinrich Zwilling 2., in Mörfelden als „Bäckerheiner“ bekannt, dessen Bäckerei und Konditorei sich in der Frankfurter Straße / Ecke Ellenbogenstraße befand. Schon sehr früh nahm er in den Sommermonaten die Herstellung und den Verkauf von Speiseeis hinzu. Nicht nur im Laden, sondern auch an seinem Eisstand vor der alten Oberförsterei (heute vor dem Rathaus) gab es „Zwilling's Eis Spezialitäten“. Dort stand auch seine Eismaschine, mit der er die verführerischsten Sorten und Geschmacksrichtungen wie Himbeer, Waldmeister, Orange, Zitrone, Schokolade und Vanille herstellte. Mit dem vor dem Stand stehenden Fahrrad mit Anhänger fuhr Heinrich Zwilling durch die Ortsstraßen und sonntags zum Sportplatz. Er schwang seine Schelle und die Kinder riefen: „Mama, de Eismann is do“. Es gab dann (manchmal auch nicht) 5 Pfennige für eine kleine Portion – die große kostete 10 Pfennige. Das Foto entstand etwa im Jahre 1950 und zeigt die ganze Familie Zwilling. Im Eisstand hinter der Theke stehen von links: Margarete Zwilling geb. Krumb, die Töchter Margot und Christel und Heinrich Zwilling.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden September 2005:



KuBa

4. 9. „HEUTEISTMORGENGESTERN“
Vernissage: Gedichtausstellung von
Günter Reviol. Beginn: 15 Uhr

8. 9. „Rettet das Vinyl“
Schallplattenabend. Songs mit dem An-
fangsbuchstaben C. Beginn: 20 Uhr

10. 9. KHAN Connection #21
Independent Music. Dokumentarfilm
„Hype!“ und DJ-Set. Beginn: 20 Uhr. Ein-
tritt: 2 Euro

17.9. Konzert „Dr. Kolbe & Frl. Schmitz“
Bodo Kolbe und seine ehemalige
(12jährige) Schülerin spielen Musik aus
fünf Jahrhunderten.
Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro

18. 9. Töpfern für Kinder
10-13 Uhr

Anmeldung unter Tel.: 320333
(Julia und Dirk Achenbach)

25. 9. „Gleis 1“
Wochenendausklang mit chilliger Musik.
Beginn: 18:30 Uhr

29. 9. „Entwicklung und Krise des
Kapitalismus in Europa“

Diskussions- und
Informationsveranstaltung mit
Sahra Wagenknecht.

Beginn: 19 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Ich wer'n der glei
mit de pudelnaggisch
Worhet ins
Gesicht springe.